

DIE WELT



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Abonnement, durch Träger oder Post, monatlich DM 6,80...

Vorlag DIE WELT, Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1, Tel. 24 10 10...

Sonnabend, 10. November 1962

CTWA

Ausgabe H* Nr. 264 - Preis 50 Pf

Strauß zur Festnahme in Spanien: Ich telephonierte mit Oster

Die Wahrheit

Co. - Vierzehn Tage hat es gedauert, bis die Wahrheit über die Festnahme des „Spiegel“-Redakteurs Ahlers an den Tag kam.

Noch am 2. November erklärte der Sprecher der Bundesregierung, weder Interpol noch eine andere deutsche Dienststelle habe die spanischen Behörden gebeten, Ahlers festzunehmen.

Das alles wurde gesagt, aber es entsprach nicht den Tatsachen. Denn wir wissen jetzt, daß deutsche Dienststellen die spanischen Behörden um die Festnahme von Ahlers ersucht haben.

Die Festnahme von Ahlers wurde durch die spanischen Behörden durchgeführt, die die Festnahme von Ahlers ersucht haben.

Es wird lange dauern, bis das Parallelen wieder geklärt ist, das in den letzten vierzehn Tagen in der Bundesrepublik zerschlagen wurde.

Ein Trommelfeuer von Fragen im Bundestag Adenauer: Meine Gespräche werden abgehört

Von unserem Korrespondenten

kem. Bonn, 9. November

Bundesverteidigungsminister Strauß selbst hat den deutschen Militärattaché in Madrid, Oberst Oster, in der Nacht zum 27. Oktober in einem Telefongespräch über den Haftbefehl gegen den „Spiegel“-Redakteur Ahlers unterrichtet.

Mit dieser aufsehenerregenden Mitteilung des Ministers, die sofort ein Trommelfeuer von Fragen auslöste, erreichte die parlamentarische Diskussion über die „Spiegel“-Affäre in der dritten Fragestunde des Bundestages am Freitag ihren Höhepunkt.

Bundesinnenminister Höcherl vertrat in der Fragestunde den Standpunkt, daß bei dem in Spanien gestellten Festnahmeantrag im Falle Ahlers von den Behörden korrekt verfahren worden sei.

Jede deutsche Behörde, versicherte Höcherl, habe die Pflicht zu einem Festnahmeantrag bei den Polizeibehörden eines anderen Landes, um einem höchst richterlichen Haftbefehl Geltung zu verschaffen.

Der Sprecher des Innenministeriums erklärte in einer Pressekonferenz, es sei ein oft geübtes und korrektes Verfahren, daß die Unterstützung der ausländischen Polizei auch außerhalb des Interpol-Abkommens erbeten werde.

Überraschend griff auch der Bundeskanzler wieder in die Fragestunde ein. Zu der heftig diskutierten Frage der Telefonüberwachung teilte der Kanzler unter dem tosenden Gelächter des Hauses mit, daß auch Telefongespräche, die er von seinem Rhöndorfer Heim aus mit Bonn führe, von Unbefugten mitgehört würden.

(Fortsetzung Seite 2, Spalten 2 bis 5.)

Karlsruhe weist „Spiegel“ ab

Voraussetzung für einstweilige Anordnung nicht gegeben

Von unserem Korrespondenten

Süd. Karlsruhe, 8. November

Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat am Freitagabend den Antrag des „Spiegel“-Verlages auf Erlass einer einstweiligen Anordnung abgelehnt, weil die Voraussetzungen für eine vorläufige Regelung nicht gegeben seien.

Die Zeitschrift hatte die sofortige Freigabe der von dem Untersuchungsrichter des Bundesgerichtshofes beschlagnahmten Geschäftstürme sowie

umgehende Rückgabe aller bei der Durchsuchung von der Kriminalpolizei sichergestellten Schriftstücke und Dokumente gefordert. Ferner hätte der „Spiegel“ beantragt, die Bundesverfassungsrichter sollten ebenfalls durch eine einstweilige Anordnung die Vorzensur künftiger Ausgaben der Zeitschrift verbieten.

In der Begründung der Gerichtsentscheidung sagte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Gebhard Müller, der „Spiegel“ hätte an sich in dem vorliegenden Fall den Bundesgerichtshof anrufen müssen. Jedoch habe das Bundesverfassungsgericht im Hinblick auf die besondere verfassungsrechtliche Bedeutung der Pressefreiheit und unter Berücksichtigung der Dringlichkeit der Sache den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung als noch zulässig angesehen.

Der Verlag, so bemerkte Müller, habe seine Anträge auf die prinzipielle Rechtsauffassung gestützt, daß die verfassungsmäßige Garantie der Pressefreiheit jene strafprozessualen Einriffe, die beim „Spiegel“ vorgenommen worden sind, unzulässig verbiete.

(Fortsetzung Seite 2, Spalten 5 und 6.)

64 Interzonenreisende in sechs Wochen festgenommen

Berlin, 9. November (AP)

Die Kontrollposten der Zone haben vom 13. September bis 31. Oktober dieses Jahres insgesamt 64 Westdeutsche und Westberliner auf der Fahrt zwischen Berlin und dem Bundesgebiet länger als zwei Stunden festgehalten.

Wie der Berliner Innenminister Albrecht am Freitag vor Journalisten mitteilte, sind noch nicht alle Festgehaltenen aus der Sowjetzone zurückgeführt.

Macmillan in politischem Sturm

Kritik wegen Spionageaffäre — Mißtrauensantrag von Labour

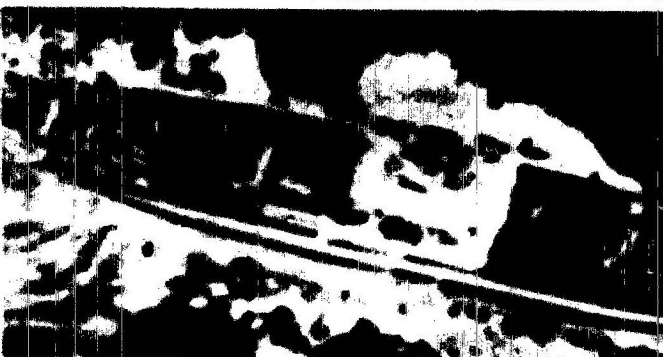
Von unserem Korrespondenten

London, 9. November

Auf scharfe Kritik in dem eigenen Reiches seiner konservativen Partei im Premierminister Macmillan wegen der jüngsten Spionageaffäre in der britischen Admiralität gestiegen. Der Labour-Opposition hat einen Mißtrauensantrag im Parlament eingebracht. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung hat die schon früher von Labour erhaltene Forderung aufgegeben, Macmillan als Premierminister zurückzutreten.

Die Kritik an Macmillan in der konservativen Fraktion richtet sich dagegen, daß Carrington weiter amtierend, während Callaghan schon seit November 1959 in seinem anderen Ministeramt zurückgetreten ist. Macmillan hat sich durch die Fortsetzung der Spionageaffäre als unzulänglich im Amt erwiesen, so die Meinung vieler Abgeordneter.

In einer ungewöhnlich heftigen Rede vor dem Parlament am Freitag sagte Macmillan, daß er die Fortsetzung der Spionageaffäre nicht durch die Fortsetzung seiner Amtszeit verhindern könne.



Auf dem Stufen des spanischen Botschafts...

Sie lesen heute

- WILLY HAAS Gerhart Hauptmann 100 Jahre Geistige Welt
HEINZ PENTZLIN Investivlohn — ein Irrweg Seite 11
GEORG SCHRÖDER Ist Bonn doch Weimar? Seite 3
JOST NOLTE Pornographie und Kunst Geistige Welt
GERHARD MAUZ Und weiche keinen Finger breit Geistige Welt
HERMANN BÖSSENECKER Gründersöhne ohne Scheuklappen Seite 12
ALFRED KANTOROWICZ Das antikommunistische Manifest Geistige Welt
MANFRED DELLING Die deutschen Schriftsteller und der Film Film
Die Presse und das Staatsgeheimnis Forum

Nehru warnt vor Pekings „Friedensoffensive“

Nachrichtendienst der WELT

Neu-Delhi/Lissabon, 9. November

Mit seinem Angriff an den indischen Grenzen wende Peking die Methoden Hitlers an, sagte Ministerpräsident Nehru am Freitag in der Parlamentsdebatte. Er verglich ferner die Propaganda der chinesischen Kommunisten mit der Propaganda der deutschen Nationalsozialisten.

In der chinesischen Botschaft in Neu-Delhi wurden am Freitag zahlreiche Geplakobte zur Verladung fertiggestellt. Dies könne nach Ansicht von Beobachtern auf einen Abbruch der Beziehungen zu Indien durch China hindeuten.

Gegen eine Benutzung des US-Stützpunktes auf den Azoren für Waffenlieferungen an Indien hat sich Portugal ausgesprochen. In einer amtlichen Erklärung hieß es, die portugiesische Regierung könne die Aggression Indiens gegen Goa nicht vergessen und werde deshalb Indien in keiner Weise helfen.

Frankreich hat sich bereit erklärt, Indien Infanterieausrüstung und Hubschrauber zur Verfügung zu stellen (Stunde der Würde in Neu-Delhi: S. 4).

Todesurteil in Ungarn

Budapest, 9. November (UPI)

Wegen Spionage für den westdeutschen Geheimdienst wurde Istvan Aradi, ein hoher Funktionär des ungarischen Ministeriums für Maschinenbau und Metallurgie, in Raab zum Tode verurteilt. Wie aus ungarischen Presseberichten hervorgeht, ist Aradi Beamter des Ministeriums, der eine lebenslange Zuchthausstrafe erlitten hat. Er wurde am 1. März 1959 verurteilt und sich bereit erklärt, Auskünfte über die ungarische Schwerindustrie zu liefern.

US-Marine kontrolliert sowjetische Frachter

Washington, 9. Nov. (AP-Press)

Amerikanische Kriegsschiffe haben nach Mitteilung des US-Verteidigungsministeriums am Freitag zum ersten Mal fünf sowjetische Frachter mit Kohlen in den arabischen Meerengehen kontrolliert. Andere sowjetische Schiffe seien kurz vor dem Sperrgebiet stehen. Von Pentagon wurde nicht gesagt, ob bei den Kontrollen US-Besatzungsmitglieder die Frachter betreten.

Amerikanische Regierungsmänner bestreiten am Freitag, daß Präsident Kennedy Hilfe der Wache im Genua-Kanal geschickt habe. Die Wache sei nur zur Kontrolle der Frachter betreten.

Wie lange warten wir noch?

Von HANS ZEHRER

I.

Seitdem die nuklearen Waffen den großen wie den kleinen Mächten den Weg und oft genug den Ausweg nach außen verlegt haben, fallen die Entscheidungen im Innern der einzelnen Staaten. Die Ausnahme bildet Rotchina, das vor den katastrophalen inneren Schwierigkeiten im Augenblick nach außen desertiert ist und einen rücksichtslosen Aggressionskrieg gegen Indien vom Zaun gebrochen hat, der es möglicherweise selber irgendwann in die äußerste Gefahr bringen kann.

Es handelt sich dabei um eine Entwicklung, die die ganze Welt erschüttert hat. Man könnte sie simpel, aber deshalb nicht weniger zutreffend, so charakterisieren: Nachdem die Menschheit vor der nuklearen Wand steht und die Flucht oder Ausflucht in den außerplanetarischen Weltraum noch keine neue Entscheidung gebracht hat, sondern möglicherweise nur in die unendliche Leere vorstößt, fordern die Menschen überall, und zwar immer dringender, das, was sie für ihre Existenz brauchen und was ihr Leben erst lebenswert machen würde — Frieden, Freiheit, Wohlstand, Unabhängigkeit, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung usw. —, wenigstens innerhalb jenes kleinen Raumes, in dem sie jeweils leben.

II.

Das bedeutet: Das Schwergewicht der Weltpolitik verlagert sich immer mehr von außen nach innen, von der Außenpolitik auf die Innenpolitik. Wenn diejenigen, die gezwungen sind, Weltpolitik und Außenpolitik zu treiben, Erfolge erwarten, so suchen sie sie in der Innenpolitik, der eigenen wie derjenigen des Gegners. Und zwar durch jene inneren Veränderungen, von denen sie hoffen, daß sie bei sich das eigene Lager stärken und erneuern werden, und daß diejenigen, die der Gegner bei sich vornimmt, ihn schwächen und lahmen werden. Das tut Kennedy mit seiner „New Frontier“. Das tut Chruschtschow mit seiner Enttarnungspolitik. Das geschieht heute in vielerlei Gestalt überall im Westen wie im Osten.

Die inneren Grundlagen der bisherigen Weltpolitik geraten in Bewegung und verändern sich. Die Gefahren werden dadurch nicht geringer. Zumal nicht nur jede Macht innerhalb der neuen Welt Einheit von der Krise der anderen einen Vorteil für sich erhofft, sondern auch unmittelbar in sie einbezogen ist, weil sie immer damit rechnen muß, daß sich die inneren Schwierigkeiten des Gegners jederzeit in äußere Aggression umsetzen können, was es eben in China geschah. Aber auch die Chancen dieser Entwicklung sind nicht gering. Denn sie kann zu einer inneren Erneuerung der Welt führen, zu einer Angleichung der beiden großen Machtentpotenzen und damit auch zu einer Entspannung, die den Krampfzustand nach dem zweiten Weltkrieg lösen könnte.

III.

In dem Augenblick, in dem die Weltpolitik von innen her in Bewegung gerät, zeigt sich das besondere und tragische Schicksal der deutschen Völker. Durch die ihm auferlegte Kapitulation bereits zum Vorposten der beiden Weltkriege gemacht und mit dem ganzen Gift des ideologischen Kampfes gesättigt, befindet sich die deutsche Nation in einer Situation, die sie in der nächsten Zukunft zu einem der beiden großen Weltkriege machen könnte.

schüttern und verändern würde. Wir übersehen dabei aber leicht, daß auch Konrad Adenauer eine tiefe Skepsis gegen jede innere Bewegung zeigt, die die Dinge nicht nur in Fluß, sondern auch ins Rutschen bringen kann, und der damit innerhalb des Westens in eine ähnlich hemmende Rolle geraten ist, wie sie Ulbricht innerhalb des östlichen Bündnisses spielt. Kein angenehmes Gefühl, die Deutschen diesseits und jenseits in einer Rolle zu sehen, die das Bild, das sich die Welt von ihnen macht, kaum verbessern dürfte!

IV.

Dabei ist die Bundesrepublik in einer unvergleichlich besseren Lage, weil sie nach dem Gesetz des Westens, demjenigen der Freiheit und der Demokratie, angetrieben ist und den Nebel des Autoritären, der sich auf sie gelegt hat, jederzeit beseitigen kann. Denn die Autorität ist bei uns lediglich personell, nämlich auf die Person des Bundeskanzlers begründet. Sie steht und fällt mit ihm und ist weder zu stabilisieren noch zu transferieren. Die obrigkeitliche Form der Verwaltung aber, die sich unter diesem Mantel herausgebildet hat, ist nur durch das bisherige politische Desinteressement der Öffentlichkeit, durch das „Ohne mich“, ermöglicht worden. Sie ist sofort beseitigt, wenn der Bürger von seinen verfassungsmäßigen, freiheitlichen und demokratischen Rechten und Pflichten Gebrauch macht.

Man sollte gerade heute nicht die großen Verdienste jener Ära übersehen, die von der Autorität Konrad Adenauers geführt und von den großen Leistungen seiner Administration gesichert wurde. Die Verantwortung für das deutsche Schicksal, die hier getragen wurde, sticht die Ära, die den Namen des Bundeskanzlers trägt, eine Bedeutung, die mit großen Letztern in das Buch der Geschichte eingetragen ist. Es so verhängnisvoll geschehenes Volk bedarf erst einmal einer Zeit der Rekonvaleszenz und der Heilung, bevor es in die Freiheit der rechten Gebrauch zu machen. Der Instinkt des westdeutschen Wählers hat gar nicht schlecht funktioniert, wenn er zunächst der Autorität und der Obrigkeit das Handeln überließ und sich erst einmal an die Ordnung seiner privaten Verhältnisse machte. Man muß nur wissen, wann das Ende einer Ära herbeigekommen ist und wann sich die neuen Tendenzen geltend machen.

V.

Das ist frühestens seit dem Frühjahr 1959 der Fall, wo sich ein neuer Wille in Westdeutschland ankündigt, der die bisherige Autorität und Obrigkeit erweitert und in eine echte demokratische Phase überleiten will. Das geht nur, wenn die Person Adenauers ersetzt wird, und man heute schon die Brücke eines Hinüberwechslens in die Präsidentschaft, was uns vor manchen Konflikten bewahrt hätte. Der Kanzler lebte es damals nach allem Hin und Her ab.

Spätestens in den Wahlen von 1961 wurde es dann deutlich, daß sich auch in der Bundesrepublik eine neue Ära vorbereitete, in der die bisherigen inneren Grundlagen in Bewegung geraten. Man hätte sie aufzudecken und in einer Allparteiengemeinschaft verankern können, wie es Heinrich Lübke wollte. Man hätte sich dazu wieder von dem eigenen können, was werden geschieden ist. Der Kanzler würde sich dagegen die Frage stellen, ob die Demokratie auf die Krise, und wieder ganz ein Licht ins Land. Und heute haben wir mit der Ära und dem Scheitern eines Systems, das unbedingte und unbedingte ist und in einem Augenblick in die Krise gerät, die die Demokratie der Autorität und der Obrigkeit in der Gegenwart und allen Augen offenbart macht.

Das ist die Krise, die die Demokratie in der Bundesrepublik heute durchläuft. Sie ist die Krise, die die Demokratie in der Bundesrepublik heute durchläuft. Sie ist die Krise, die die Demokratie in der Bundesrepublik heute durchläuft.

Bis 1966 zwei Millionen neue Telefonanschlüsse

Von unserem Korrespondenten

20. München, 8. November

Die Bundespost will bis 1966 die Zahl der Telefonanschlüsse im Bundesgebiet um zwei Millionen auf 3,5 Millionen erhöhen. Dafür sind, wie Bundespostminister Strauß am Freitag im Bundestag sagte, etwa zwei Milliarden DM-Bestände erforderlich.

Der Bundesminister sprach zur Bewältigung der ersten telefonischen Schwierigkeiten. Fernsprechanlagen werden in der Bundesrepublik...

„NSU Prinz 4“ billiger

Von unserem Korrespondenten

20. München, 8. November

Der Preis für den Personenwagen „NSU Prinz 4“ ist von 4100 DM auf 3900 DM gesenkt worden. Die Gründe für die Preisermäßigung sind die Senkung der Fertigungskosten und die Steigerung der Produktion.

Im Norden kühl, im Süden veränderlich und mild

Nachrichtendienst der WELT

München, 9. November

Im Norden und Nordwesten der Nordseegebiet wird ein Sturm am Wochenende im Uhrzeigersinn über den Nordsee gebildet. Im Süden wird ein mildes Wetter erwartet.

In den Alpen wurden als hochgefahrenen Passagen nach tiefen Temperaturen erwartet. Viele andere Passagen sind noch unklar.